

die Zahl der Zugänge und Bildungskarrieren vermehrt und eine wachsende Zahl an Personen mit einem anderen Erststudium oder mit vorangegangenen außerhochschulischen Ausbildungen und Erfahrungen wählt ein Studium Sozialer Arbeit auf Bachelor- oder Masterniveau, um in ihrem Arbeitsfeld kompetenter und flexibler zu werden. Sie fühlen sich der Profession verbunden, behalten oder entwickeln aber eine hybride berufliche Identität. Man kann das nun als Gefahr sehen, wie manche Berufsvertreterinnen und -vertreter, oder als eindeutigen Gewinn, wie ich geneigt bin vorzuschlagen.

Die in einer konventionellen Sichtweise beklagten Schwächen der Sozialen Arbeit, nämlich der mangelnde Titelschutz, das mangelnde Monopol der Profession auf bestimmte Aufgabenfelder und die Unterentwicklung berufsständischer Selbstorganisation, erweisen sich als Vorzüge und Potenziale, um ein Professionsfeld zu gestalten, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Die Abgrenzungsdiskurse und Borniertheiten werden sich selbst erledigen, auch wenn sie geeignet sind, für eine Zeit noch die Stimmung zu vergiften und bei Teilen der Workforce ein Selbstbild der ständigen Bedrohtheit zu fördern.

Professor Mag. Dr. Peter Pantuček, Diplomsozialarbeiter, Soziologe und Supervisor, lehrt an der Fachhochschule St. Pölten und ist dort Leiter des Departments Soziale Arbeit und des Masterstudiengangs Soziale Arbeit. E-Mail: peter@pantucek.com

Literatur

- Baecker**, Dirk: Kleine Universitäten. Dichte Vernetzungen im globalen Kampf um geistige Kapazitäten. In: *Lettre International* 77/2007, S. 82-85
- Fellöcker**, Kurt: Blended Learning im Rahmen des berufsbegleitenden Bachelorstudiums Soziale Arbeit. In: Pantuček, Peter; Schmid, Tom; Vyslouzil, Monika (Hrsg.): *Recht. SO – Menschenrechte und Probleme der Sozialarbeit*. Festschrift für Karl Dvorak. St. Pölten 2008, S. 210-226
- National Association of Social Workers (NASW)**: Code of Ethics. Washington D.C. 1996
- Pantuček**, Peter: *Soziale Diagnostik. Verfahren für die Praxis Sozialer Arbeit*. Wien 2012
- Simon**, Maria: Probleme der Professionalisierung der Sozialarbeit in Österreich. In: *Nachrichtendienst* 12/1975

ALLGEMEINES

Woche des bürgerschaftlichen Engagements.

Bundesweit sollen in der Aktionswoche vom 24. September bis zum 3. Oktober möglichst viele Vereine, Initiativen, Organisationen, staatliche Institutionen und Unternehmen unter dem gemeinsamen Motto „Engagement macht stark!“ auf ihre Freiwilligenprogramme, Projekte und Initiativen aufmerksam machen. Das Ziel der Aktionswoche ist es, das bürgerschaftliche Engagement von rund 23 Mio. Menschen in Deutschland in seiner Vielfalt öffentlich sichtbar zu machen. Bis zum Beginn der Aktionswoche können die Projekte und Aktivitäten zur diesjährigen Woche in den Engagementkalender 2012 eintragen werden. Das Anmeldeformular und weitere Informationen können im Internet unter der URL http://www.engagement-macht-stark.de/index.php?option=com_wrapper&view=wrapper&Itemid=443 abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement vom 29.6.2012

Diakonisches Werk und Evangelischer Entwicklungsdienst vereint. Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Brot für die Welt haben ihre Fusion beschlossen. Das neue Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung besteht aus den zwei Teilwerken: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband. 640 Mitarbeitende nehmen ihre Arbeit im Oktober 2012 in Berlin auf. Die Standorte Bonn und Stuttgart werden aufgegeben. Quelle: Pressemitteilung des Diakonischen Werkes der EKD vom 14.6.2012

Stärkung der Partizipation von Migrant*innenorganisationen. In einem Pilotprojekt des Bundesfamilienministeriums und der Bundeszentrale für politische Bildung wurde in Köln das interkulturelle Büro des bundesweiten Modellprojekts „MIGoVITA – Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Vielfalt und Teilhabe am Übergang Schule – Beruf“ eröffnet. Über einen Zeitraum von drei Jahren erhalten Migrant*innenorganisationen mit türkischem und russischem Hintergrund sowie Sinti und Roma in 10 Städten professionelle Schulung und Unterstützung rund um das Thema Bildung. Das interkulturell besetzte Team entwickelt die Konzepte dazu und koordiniert die Arbeit von Multiplikatoren. Ziel der Qualifizierung ist es, die Teilhabechancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen und Ausgrenzungen und Diskriminierungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entgegen zu wirken. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Initiative „Jugend Stärken“ vorgesehen. Trotz einer zunehmenden Entspannung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gibt es vor allem bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiterhin ungenutzte Potenziale: Laut Berufsbildungsbericht 2012 verlassen immer noch rund 12,8 % von ihnen die Schule

ohne Abschluss; die Ausbildungsbeteiligungsquote junger Ausländerinnen und Ausländer ist mit 33,5 % nur halb so hoch wie die deutscher Jugendlicher. Nähere Informationen sind unter der URL www.obs-ev.de/migovita im Internet abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 5.7.2012*

SOZIALES

Frauen werden seltener sanktioniert als Männer.

Jobcenter kürzen bei Frauen weit seltener als bei Männern aufgrund von Pflichtverstößen das Arbeitslosengeld II, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dabei spielt eine Rolle, dass beispielsweise Mütter von Kleinkindern nicht für die Vermittlung zur Verfügung stehen müssen. Aber auch bei alleinstehenden und kinderlosen Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II weisen Männer im Vergleich zu Frauen rund doppelt so hohe Sanktionsquoten auf. Eine Analyse nach Altersgruppen zeigt, dass Ältere ab 50 Jahren kaum, Jüngere unter 25 Jahren vergleichsweise häufig sanktioniert werden. Ein hoher Schulabschluss ist mit einer sehr geringen Sanktionswahrscheinlichkeit verbunden. Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II, die über die Fachhochschul- oder Hochschulreife verfügen, werden vom Jobcenter deutlich seltener sanktioniert als diejenigen mit einem niedrigeren oder gar keinem Schulabschluss. In Westdeutschland sind Sanktionen häufiger als in Ostdeutschland. Der Grund hierfür sei die bessere Arbeitsmarktlage im Westen, erklärt das IAB. Mehr Stellenangebote und Gelegenheiten zu Bewerbungen bedeuten auch, dass häufiger Pflichtverstöße vorkommen können. Die IAB-Studie steht im Internet unter der URL <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2012/fb1112.pdf>. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 26.7.2012*

Beratung zu barrierefreiem Bauen und Wohnen.

Die Landesberatungsstelle „Barrierefrei Bauen und Wohnen“ wird auch in diesem Jahr mit 130 000 Euro vom Land Rheinland-Pfalz gefördert. Damit unterstützt das Land den Wunsch vieler Menschen, bei Behinderung oder bis ins hohe Alter in der vertrauten Umgebung zu leben und das eigene Haus oder die Wohnung auf die körperlichen Einschränkungen umzurüsten. In der Landesberatungsstelle arbeitet ein Team von Architektinnen und Architekten. Die Beratung ist kostenlos und wird in zehn Beratungsstellen in verschiedenen Regionen des Landes angeboten. Auf Wunsch kann die Beratung auch in der eigenen Wohnung oder telefonisch und schriftlich stattfinden. Dabei wird konkret auf die Wohnsituation eingegangen und eine erste Planung erstellt, wie ein Bad umgebaut werden kann, wie ein stufenloser Eingang gestaltet wird und auch welche Hilfsmittel das Leben in den eigenen vier Wänden erleichtern. Eine Beratung zu entstehenden Kosten sowie zu finanziellen Fördermöglich-

17.-18.10.2012 Berlin. Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm: Wertvolle Kinder – teure Alte? Demographischer Wandel + Inklusion in der Kommune der Zukunft. Information: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Frau Ina Kaube, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-259, E-Mail: kaube@difu.de

25.-27.10.2012 Hamburg. Fachtagung Heilerziehungspflege: Sexualität + Behinderung = behinderte Sexualität??? Information: Berufsverband Heilerziehungspflege in Deutschland e.V., Pfarrer-Philipp-Straße 6, 89350 Dürrenluingen, Tel.: 08 222/41 22 62, E-Mail: <http://www.hep-bundesverband.de/index.php/emailformular.html>

25.-27.10.2012 Mönchengladbach. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP): Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet – Welche Psychiatrie wollen wir morgen haben? Information: DGSP e.V., Zeltlinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/5110 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de

26.-28.10.2012 Wald-Michelbach. Tagung: Konflikt, Aggression und Zivilcourage – Aggressions- und Konfliktlösungsmethoden für ein gelingendes Miteinander auf dem Prüfstand. Information: Odenwald-Institut der Karl Kübel Stiftung, Tromm 25, 69483 Wald-Michelbach, Tel.: 06 207/605-0, E-Mail: info@odenwaldinstitut.de

26.-27.10.2012 Berlin. Tagung: Diagnostisches Fallverstehen: Klassifikation – Rekonstruktion – Integration. Information: Ute Koop, Alice Salomon Hochschule Berlin, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, E-Mail: koop@ash-berlin.eu

6.11.2012 Stuttgart. Abschlussveranstaltung des Förderprogramms „Demografischer Wandel in der Pflege“: Den Wandel in der Pflege gestalten. Information: Demenz Support Stuttgart gGmbH, Zentrum für Informations-transfer, Hölderlinstraße 4, 70174 Stuttgart, Tel.: 07 11/ 997 87-10, E-Mail: redaktion@demenz-support.de

7.-8.11.2012 Nürnberg. Consozial – Fachmesse und Congress des Sozialmarkts. Information: Besucherbüro ConSozial, Postfach 11 63, 90588 Schwarzenbruck, Tel.: 09 128/50 26 01, E-Mail: info@consozial.de

9.-10.11.2012 Freiburg. Symposium: Die qualitative Analyse internetbasierter Daten. Information: Prof. Dr. Cornelia Helfferich, Evangelische Fachhochschule Freiburg, Buggingerstraße 38, 79214 Freiburg, Tel.: 07 61/ 47 81 20, E-Mail: helfferich@t-online.de

9.-11.11.2012 Kassel. Werkstatttagung: Begegnungen im Raum – Organisationsaufstellung im Dialog mit Wissenschaft. Information: Infosyon e.V., Michael-Schober-Ring 27,85778 Haimhausen, Tel.: 08 133/99 69 050, E-Mail: office@infosyon.com

15.-16.11.2012 Berlin. 18. Bundeskongress des Deutschen Verbandes der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen e.V.: Auf die Führung kommt es an. Information: Kongressbüro DVLAB, Bahnhofsallee 16, 31134 Hildesheim, Tel.: 05 121/289 28 72, E-Mail: info@dvlab.de

19.-21.11.2012 Leipzig. 52. DHS-Fachkonferenz: Der 4-Säulen-TÜV – Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 02 381/90 15-0, E-Mail: kaldewei@dhs.de

22.11.2012 Berlin. Jahreskonferenz der Social Impact Analysts Association (SIAA): Latest insights and practical knowledge around assessing and communicating social impact. Information: Social Impact Analysts Association, Nesta shared office, 1 Plough Place, London EC4A 1DE, 00 44/ 207 438 25 99, E-Mail: hello@siaa.association.org

22.11.2012 Linz. Jahrestagung des Österreichischen Komitees für Soziale Arbeit: Evaluierung zur Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Information: Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit, Geiergasse 5-9, A-1050 Wien, Tel.: 00 43/01/548 29 22, E-Mail: office@oeksa.at

23.-25.11.2012 Berlin. 46. Bundesfachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik (BHP): Heilpädagogische Diagnostik – Erkenntniswege zum Menschen. Information: Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Fachverband für Heilpädagogik (BHP) e.V., Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhponline.de

23.-24.11.2012 Hamburg. Elternseminar für Familien mit nicht- oder kaum sprechenden Kindern. Information: Leben mit Behinderung Hamburg e.V., Frau Barbara Petzel, Südring 36, 22303 Hamburg, Tel: 040/27 07 90-949, E-Mail: barbara.petzelt@lmbhh.de

29.11.2012 Berlin. Fachtagung: Internationale Jugendarbeit – Motor für Integration?! Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel: 030/62 980-0, Internet: <http://www.deutscher-verein.de/03-events/2012/gruppe2/f-289-12/>

lichkeiten gehört dazu. Weitere Informationen gibt es bei der Landesberatungsstelle „Barrierefrei Bauen und Wohnen“ in Mainz unter Tel. 06 131/22 30 78 oder im Internet unter der URL www.barrierefrei-rlp.de.

Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 23.7.2012

Pflegereform beschlossen. Der Gesundheitsausschuss stimmte dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (PNG) zu. Das Gesetz sieht eine Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 % auf 2,05 %, bei Kinderlosen auf 2,3 %, vor. Mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von rund 1,2 Mrd. Euro sollen unter anderem Demenzerkrankte besser unterstützt und neue Wohnformen in der Pflege gefördert werden. Die Koalitionsfraktionen wollen zudem die private Pflege-Zusatzvorsorge finanziell fördern. Wer privat mit einer Pflegezeitgeldversicherung versorgt, soll nach dem Willen der Unions- und der FDP-Fraktion eine staatliche Zulage von fünf Euro pro Monat erhalten. Voraussetzung dafür ist unter anderem die Vollendung des 18. Lebensjahres. Wer die Zulage erhalten möchte, muss selbst mindestens zehn Euro monatlich in die Versicherung einzahlen. Ausgenommen sind hiervon Personen, die bereits Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen oder bezogen haben. Die Versicherungsunternehmen können dem Entwurf zufolge für die Leistungsgewährung eine Wartezeit von bis zu fünf Jahren vereinbaren. Eine Gesundheitsprüfung, Risikozuschläge oder Leistungsausschlüsse sind nach dem Willen der Koalition nicht zulässig. Die Oppositionsfraktionen kritisierten besonders das Fehlen eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Mit dem PNG hat der Gesundheitsausschuss auch eine Reform der Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft verabschiedet. Die Regelungen sollen von der Reichsversicherungsordnung (RVO) in das Fünfte Sozialgesetzbuch (SGB V) überführt werden. Ferner soll der Anspruch auf ambulante Entbindung ausdrücklich geregelt werden. Quelle: Heute im Bundestag vom 27.6.2012

GESUNDHEIT

Internetportal für Fachkräfte in der Suchtprävention. Das Internetportal <http://www.preynet.de> der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) steht ab sofort mit vereinfachter Navigation, neuem Design und erweiterten Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung. PrevNet ist die Wissens- und Informationsdatenbank für Fachkräfte der Suchtprävention in Deutschland. Das Portal bündelt alle verfügbaren Informationen über Einrichtungen und Akteure, Veranstaltungen, Projekte, Studien und Materialien in der Suchtprävention. Interessierte können über die Suchfunktion eine Recherche in allen Rubriken der Seite betreiben. PrevNet ist ein dynamisches Portal, das mit jeder neuen

Eingabe seiner Mitglieder wächst. Zurzeit sind mehr als 900 Einrichtungen und rund 1400 Mitglieder registriert. Über Online-Foren und die Einrichtung von virtuellen Büros werden der direkte fachliche Austausch ermöglicht und die Kooperation des Fachpersonals gefördert. Das Portal ist ein Kooperationsprojekt zwischen der BZgA und den Landeskoordinationsstellen der Suchtprävention aus 14 Bundesländern. Weitere Informationen sind unter der URL <http://www.prevnet.de> im Internet erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vom 2.8.2012*

Online-Symptomcheck von Allergien. Die Europäische Stiftung für Allergieforschung (ECARF) stellt im Internet eine ausführliche Hilfestellung zur Früherkennung von Allergien bereit. Unter der URL www.ecarf.org/allergietest kann der von Ärzten entwickelte Fragenkatalog aufgerufen und es können die wichtigsten Symptome der vier häufigsten Allergien analysiert werden, um eine erste Selbsteinschätzung über eine mögliche allergische Erkrankung zu erhalten. Zeigt das Ergebnis einen Allergieverdacht, sollte zur weiterführenden Diagnostik und Therapie umgehend ein Arzt aufgesucht werden. Der Allergietest bietet eine leicht verständliche, aber detaillierte Orientierungshilfe, um zu klären, ob bestimmte Symptome auf einer Allergie beruhen. Wie nur wenige andere Erkrankungen besteht bei Allergien die große Chance einer Früherkennung und rechtzeitigen Therapie. Erfolgt eine Therapie nicht rechtzeitig, kann aus einem Heuschnupfen auch ein allergisches Asthma werden. Darüber hinaus leiden viele Menschen nicht nur an einer einzigen Allergie, sondern gleichzeitig oder im zeitlichen Verlauf ihres Lebens an mehreren allergischen Erkrankungen. Auch nach langjähriger Symptombefreiheit kann bei erneutem Kontakt mit dem Allergieauslöser die Allergie wieder auftreten. Die gemeinnützige Europäische Stiftung für Allergieforschung zertifiziert seit 2006 aufgrund wissenschaftlicher Qualitätskriterien Produkte und Serviceleistungen. Zudem unterstützt ECARF auf europäischer Ebene gezielt die allergologische Forschung sowie Initiativen zur Verbesserung der medizinischen Behandlung allergischer Erkrankungen. *Quelle: Pressemitteilung der ECARF vom 11.7.2012*

Nationaler Impfplan. Mit dem Impfplan liegt erstmals eine Zusammenfassung über alle wesentlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Herstellung und Verabreichung von Impfungen vor, die auch Haftungsfragen, Impfpfehlungen und weitere Rechtsfragen beinhaltet. Abstimmungen und Konkretisierungen zu den Zielen erfolgen im Rahmen der in zweijährigem Abstand stattfindenden nationalen Impfkongressen. So ist beispielsweise ein Good-Practice-Manual zur Masern-Eliminierung entstanden, das erfolgreich durchgeführte Projekte zur Ausrottung von Masern in Deutschland zusammenfasst. Des Weiteren hat die Ständige Impfkommission (STIKO) am Robert Koch-Institut (RKI) Maßnah-

men ergriffen, um die Erarbeitung von Impfpfehlungen transparenter zu machen. Seit der ersten nationalen Impfkongress 2009 in Mainz kommen regelmäßig alle zwei Jahre Expertinnen und Experten der Wissenschaft, Gesundheitspolitik, des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Kostenträger, aber auch Impfkritiker zu einem konstruktiven Dialog zusammen. Der Impfplan, der nun von den einzelnen Ländern veröffentlicht wird, soll aufgrund der Ergebnisse der nationalen Impfkongresse regelmäßig fortgeschrieben werden. Derzeit verhandeln Bund und Länder über die Einrichtung einer Geschäftsstelle zur Umsetzung des Plans. Seit Neuestem ist der Impfplan unter anderem auf der Homepage der rheinland-pfälzischen Landesregierung abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 11.7.2012*

JUGEND UND FAMILIE

Bundesregierung sieht Betreuungsquote erfüllt. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden zum 1. März 2011 rund 517 000 Kinder unter drei Jahren in Deutschland in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege betreut, das entspricht einem Anteil von 25,4 %. Den derzeitigen Betreuungsbedarf beziffert die Bundesregierung auf durchschnittlich 39 %. Der Bedarf könne regional allerdings deutlich variieren. Die auf dem Krippengipfel im Jahr 2007 festgelegte Betreuungsquote von 35 % bei 700 000 Betreuungsplätzen entspreche wegen des demografischen Wandels derzeit einer Betreuungsquote von 38 %. *Quelle: Heute im Bundestag vom 12.6.2012*

Fragebogen zu sexuellem Missbrauch und häuslicher Gewalt. Sexueller Missbrauch im Bereich der Familie und häusliche Gewalt hängen vielfach zusammen. Die Bedrohungssituation erleichtert es den Tätern, ihre Opfer über eine lange Zeit zum Schweigen zu bringen. In vielen Fällen ist es notwendig, mit Kindern und Jugendlichen persönlich über das Gewaltgeschehen in ihrer Familie zu sprechen, um die akute Gefährdungssituation einschätzen zu können und rechtzeitig Schutzmaßnahmen einzuleiten. Für die Befragung von betroffenen Kindern und Jugendlichen wurde an der Fachhochschule Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, ein spezieller Fragebogen erstellt. Im Rahmen eines mehrjährigen Praxisforschungsprojektes wurde die Gefährdung erforscht, die bei häuslicher Gewalt für Kinder und Jugendliche besteht. Die Analyse der komplexen Probleme erfolgte dabei in enger Kooperation mit Institutionen aus der Praxis wie zum Beispiel Frauenhäusern und Beratungsstellen. Der Fragebogen soll den direkten Austausch der Informationen zwischen den Institutionen, Polizei und Behörden ermöglichen, um akute Gefahren für Leib und Leben zu erkennen und abzuwenden und kann von Fachinstitutionen für die Analyse und Prävention als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen

werden: <http://www.f01.fh-koeln.de/fakultaet/personen/emeriti/elke.ostbomk-fischer>. Unter dieser URL sind auch Informationen über das Forschungsprojekt abrufbar.
Quelle: Pressemitteilung der FH Köln vom 16.7.2012

Urlaub für pflegende Angehörige. Für die meisten der etwa 1,6 Mio. pflegenden Angehörigen in Deutschland bleibt der Wunsch nach einem unbelasteten Urlaub unerfüllt. Trotz der enormen psychischen und körperlichen Belastungen, wissen sie oftmals nicht, welche Entlastungsangebote ihnen zur Verfügung stehen. Eine erste Anlaufstelle bei Fragen zum Thema „Urlaub von der Pflege“ bietet die gesetzliche Pflegeberatung. Hier erhalten Ratsuchende individuelle, unabhängige und kostenlose Informationen. Aber die Beratungslandschaft in Deutschland ist unübersichtlich. Damit die Suche nach einer wohnortnahen Beratung leichter fällt, hat die Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) auf ihrer Internetseite eine interaktive Datenbank mit allen verfügbaren Informationen zu den deutschlandweit rund 400 Pflegestützpunkten und der aufsuchenden Pflegeberatung bereitgestellt. Das Online-Verzeichnis ist das Ergebnis einer stiftungseigenen Recherche. Alle verfügbaren Informationen haben die Anbieter von Beratungsleistungen qualitätsgesichert. Neben der Möglichkeit, sich Adressen für die einzelnen Bundesländer anzeigen zu lassen, können die Nutzer über eine direkte Eingabe nach Postleitzahlen oder Ortsnamen filtern. Mehr Informationen zur Pflegeberatungs-Datenbank sind unter der URL www.zqp.de abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege vom 30.7.2012*

AUSBILDUNG UND BERUF

Was verdienen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen? Das Bruttomonatseinkommen von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beträgt auf Basis einer 38-Stunden-Woche ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 2 827 Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Umfrage des Internetportals www.lohnspiegel.de, das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Rund 1300 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen haben sich daran beteiligt. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Sozialversicherung werden die Beschäftigten mit durchschnittlich 3 242 Euro am besten bezahlt, gefolgt von Heimen mit 3 102 Euro. In Kindergärten, Vor- und Grundschulen erhalten sie 2 748 Euro. Im Bereich weiterführende Schulen, Erwachsenenbildung und Unterricht beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen dagegen nur 2 438 Euro. Bei einer Berufserfahrung unter 5 Jahren beträgt das durchschnittliche Einkommen 2 406. Bei 10 bis 14 Jahren sind es 2 946 Euro und nach mehr als 20 Jahren steigt es auf 3 228 Euro. Frauen verdienen im Durchschnitt rund 13 % weniger als Männer. Bei Betrachtung der Mittelwerte liegt das Einkommen von Sozialpädagoginnen mit 2 667 Euro rund 413 Euro unter dem der Sozialpädagogen in

Höhe von 3 080 Euro. Während in Westdeutschland eine Sozialpädagogin oder ein Sozialpädagoge durchschnittlich 2 943 Euro erhält, werden in Ostdeutschland 2 455 Euro bezahlt, der Unterschied beträgt rund 17 %. In tarifgebundenen Betrieben liegt das Monatseinkommen mit durchschnittlich 3 009 rund 14 % über dem Gehalt in nicht tarifgebundenen Betrieben. Während die Arbeitszufriedenheit mit einem Wert von 3,5 auf einer Skala von 1 bis 5 über dem Durchschnitt liegt, fällt die Zufriedenheit mit der Bezahlung mit 2,5 deutlich geringer aus. *Quelle: Pressemitteilung der Hans Böckler Stiftung vom 26.6.2012*

Erste Zertifikate in Tanzpädagogik verliehen.

Die ersten acht Absolventen und Absolventinnen des Zertifikatskurses Tanzpädagogik in der Sozialen Arbeit, den die Weiterbildung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster und das Sozialpädagogische Bildungswerk (SoBi) organisiert haben, erhielten im Juni Ihre Abschlusszeugnisse. Sie können mit eigenen Choreographien Unterrichtseinheiten entwickeln und in der Sozialen Arbeit einsetzen. Die Fähigkeiten dafür erwarben sie in neun Modulen des Grund- und Aufbaukurses. Der nächste Kurs beginnt im Februar 2013. Ansprechpartnerin ist die Leiterin des SoBi, Mara Stockmann, Tel.: 02 51/ 51 177, E-Mail: sobi-anmeldung@web.de. *Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Münster vom 20.6.2012*

Weiterbildung zum Umgang mit Autismus. Im

November 2012 startet die berufliche Weiterbildung „Autismus als Herausforderung/Individuelle Förderung im pädagogisch-therapeutischen Alltag“. Sie richtet sich an pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Bereich der Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe sowie in klinischen und schulischen Arbeitsfeldern mit Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen arbeiten. Diese Bildungsmaßnahme beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Erscheinungsbild des Autismus im Sinne des Asperger-Syndroms. Kooperationspartner bei dieser Weiterbildung sind die Akademie der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Augsburg, die Stiftung Die Gute Hand, die Katholische Fachschule für Sozialpädagogik Saarbrücken und der Bundesverband Katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen (BVKE). Die Veranstaltung findet in Saarbrücken und Kürten-Biesfeld statt. Sie besteht aus 16 Fortbildungstagen im Zeitraum vom November 2012 bis März 2014. Weiter Informationen sind im Internet unter der URL http://www.kjf-akademie.de/web/kjf_augsburg.nsf/id/ne_test00.html oder bei der KJF-Akademie, Tel.: 08 21/31 00-219, E-Mail hefeles@kjf-augsburg.de erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Augsburg e.V. vom 20.7.2012*